

Sahnsteiner Tageblatt



Kreisblatt für den
Einziges amtliches Veröffentlichungs-
Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.

Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.
Begründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Er scheint täglich
montags. — Anzeigenpreis
die einpaltige kleine Zeile
20 Pfg., auswärtige An-
zeigen 25 Pfg.

Nr. 132.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Fr. Schidel
(Inb. Fritz Kober) Oberlahnstein.

Mittwoch, den 25. Juni 1919.

Verantwortlich:
Schriftleiter Fritz Kober, Oberlahnstein.

57. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet im Rathaus-
Saal in Camp am
Samstag, den 28. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr,
wo der leitende Arzt den Müttern unentgeltlichen Rat
in der Pflege und Ernährung ihrer Kinder erteilen wird.
St. Goarshausen, den 24. Juni 1919.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. B.: J a u n, Regierungsrat.

Beginn des redaktionellen Teiles.

Politische Nachrichten.

Unterzeichnung Donnerstag.

Versailles, 24. Juni. Ueber den Zeitpunkt der
Unterzeichnung des Friedensvertrages veröffentlicht die
französische Presse eine Mitteilung, wonach auf Wunsch Wil-
sons, der am Mittwoch abreisen wollte, die Unterzeichnung
bevor am Mittwoch stattfinden sollte, während die Engländer
sie sogar schon auf Dienstag festgesetzt sehen wollten.
Die Engländer mochten gern, daß die Vertreter ihrer Do-
minions, die sich bereits am Mittwoch zur Heimreise einschif-
fen, bei der Unterzeichnung zugegen seien. Die französische
Regierung sah sich aber genötigt, mitzuteilen, daß die
Vorbereitungen noch nicht fertig seien, und daß die Unter-
zeichnung erst Donnerstag mittag zwischen 12 und 1 Uhr
stattfinden könne.

Wer wird unterzeichnen?

Versailles, 24. Juni. Gestern Abend um 7 Uhr
erschien Dutaista in Versailles bei Herrn v. Daniel und
wollte Auskunft haben, wer für Deutschland unterzeichnen
würde. Er wollte auch gleich die Formalitäten der Unter-
zeichnung besprechen. Herr v. Daniel konnte nur erklären,
daß er noch keine Weisung aus Weimar habe.

Der Wortlaut der deutschen Antwort.

Berlin, 24. Juni. Der Gesandte von Daniel hat im
Auftrage der Reichsregierung gestern nachmittags 4 Uhr 40
folgende Note an die Bevollmächtigten der alliierten und
assoziierten Mächte überandt:

„Die Regierung der deutschen Republik hat aus den letz-
ten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen
gesehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die
Annahme derjenigen Friedensbedingungen zu erzwingen,
die, ohne materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck ha-
ben, dem deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Sie nach-
zusehen zu verteidigen, fehlen dem deutschen Volke nach den
empfindlichen Leiden der letzten Jahre die Mittel. Die Re-
gierung der deutschen Republik erklärte deshalb, daß sie be-
reit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen
aufgelegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu un-
terzeichnen.“

Weimar, 24. Juni. Auf die Ueberreichung unserer
Note in Versailles, in der wir unsere Bereitschaft zur Unter-
zeichnung des Friedensvertrages ausgesprochen haben, ist
bisher keine Antwort des Verbandes eingegangen. Man
erwartet eine solche Antwort nicht. Der Verband wird viel-
leicht, wenn es ihm gut scheint, die Aufforderung zur Un-
terzeichnung an uns richten.

Versailles, 24. Juni. Der Entente wurde gestern
eine kurze Protestnote gegen angebliche Vornachsch-
bewegungen in den deutschen Brückenköpfen übermittelt.

Regierung und Nationalversammlung.

Berlin, 24. Juni. Nachdem die Nationalversamm-
lung der bedingungslosen Unterzeichnung des Friedensver-
trages zugestimmt hat, sind die Arbeiten der Regierung in
Weimar beendet. Sie wird sich deshalb heute Abend nach
Berlin zurückbegeben. Auch die Nationalversammlung hält
nur noch eine Sitzung ab, dann dürfte Vertagung bis zum
Juli eintreten.

Roske bleibt.

Weimar, 24. Juni. Einen Aufruf an das Heer wird
der Reichswehrminister Roske erlassen. Er wird auf sein
eigenes Beispiel verweisen, da er auch die Auslieferung
des Reiches, aber trotzdem aus Pflichtgefühl gegen das Land
am Amt bleibe. Das Kabinett bleibt vorläufig in seiner
vorherigen Zusammensetzung im Amt.

Roske an die Reichswehr.

Berlin, 24. Juni. Reichswehrminister Roske ver-
öffentlicht einen Aufruf an die Reichswehr, in dem er sagt:
„Die Nationalversammlung hat beschlossen, daß der
Friedensvertrag gemäß dem Machtgebot der Gegner, dem
wir jetzt gegenüber stehen, von der Regierung unterzeichnet
wird. Bei dem Kabinett habe ich mich vergeblich für die
Unterschrift unterzeichnet. Ich bin überstimmt worden.“

In gemeinsamer Tätigkeit haben die freiwilligen Verbände
und die Reichsregierung sowie die Angehörigen des alten
Heeres sich mit mir in den letzten Monaten mit wachsendem
Erfolge bemüht, unser Vaterland vor dem Zusammenbruch
und dem Chaos zu bewahren. Die Reichsregierung und die
Nationalversammlung fordern von uns, daß wir unseren
harten Dienst in der schwersten Stunde des Vaterlandes
zum Wohle unseres Volkes weiter führen. Treue Gesinnung
werde ich auch jenen bewahren, die angesichts der Beding-
ungen des Feindes glauben, ihre weiteren Dienste versagen
zu müssen. In der schwersten Stunde, die das deutsche Volk
erlebt, appelliere ich an den kameradschaftlichen Geist jedes
Führers und jedes Mannes, mit weiter zur Seite zu ste-
hen. Die Not des Vaterlandes verbietet mir, fahnenflüchtig
meinen Posten zu verlassen, auf den ich aber dem Vater-
lande nur zu dienen vermag, wenn ich opferwillige Männer
wie bisher hingebungsvoll zur Seite habe.“

Treu zum Reich.

Weimar, 24. Juni. General Groener hat sich da-
für eingesetzt, daß die höheren Offiziere, die mit dem Rück-
tritt von ihrem Posten wegen der Auslieferungsfrage dro-
hen, weiter auf ihren Dienststellen ausharren werden.

Neuer Geist in der Marine.

Amsterdam, 24. Juni. „Daily Chronicle“ schreibt:
„Man kann ruhig sagen, daß die Verfertigung der deutschen
Schiffe sozusagen durch eigene Hand in der britischen Ma-
rine eine geheime Bewunderung erregen wird. Wenn wir
uns die britischen Offiziere in derselben Lage vorstellen
könnten, würden sie genau so gehandelt haben.“

Auch der „Daily Herald“ stellt sich auf diesen Stand-
punkt, während „Daily News“ froh ist, daß durch den
Selbstmord der deutschen Flotte den Feindigkeiten darüber,
was am Schluß damit geschehen sollte, ein Ende gemacht
werde.

Das britische Volk war sehr entrüstet bei der Nachricht
über die Verfertigung. Niemand hatten die Engländer ge-
dacht, daß die Deutschen auf den Gedanken kommen wür-
den, eine so große Anzahl von Schiffen zu verkaufen. Aus
der Tatsache, daß die Behörden es an den nötigen Auf-
sichtsmassnahmen fehlen ließen, geht hervor, daß niemand
Mißtrauen begie.

Paris, 24. Juni. Lord Bessford erklärte zur Ver-
fertigung der deutschen Kriegsflotte u. a.: „Die Verfertigung
ist ein ernstes Ereignis, da diese Schiffe in unseren Gewässern
interniert waren, und da sie uns von den Alliierten an-
vertraut waren. Die Tatsache bringt uns ihnen gegenüber
in ein falsches Licht. Man wird in gewissen Kreisen anneh-
men, daß wir sie zugelassen haben, um die Verteilung an
die Alliierten zu verhindern. Dieses Ereignis könnte sogar
die früheren Gegensätze in der Herrschaft zur See wieder
heraufbeschwören. Ich selbst trat für die Zerstörung der
deutschen Flotte im Atlantischen Ozean ein, um Uneinigkeit
unter den Alliierten bei der Verteilung zu verhindern. Die
Zerstörung dieser Flotte hätte übrigens das Ende des Krie-
ges beschleunigt.“

London, 24. Juni. Etwa 1800 deutsche Offiziere
und Mannschaften befinden sich im Zusammenhang mit der
Verfertigung der deutschen Flotte auf dem Wege nach einem
internierten Ort.

Cuxen und Malmby.

Berlin, 24. Juni. Um die zukünftige Politik der Re-
gierung im Kreise Malmby zu erklären, hat sich eine Kom-
mission hoher belgischer Beamten nach der Stadt Malmby
begeben, um dort mit Hauptvertretern der Industrie und
des Handels Fühlung zu nehmen. Gegenstand der Ber-
atungen bildet die Zukunft der Malmbyer Verbereien, der
dortigen Papier-, Holz- und Strohhutindustrie, der Braue-
rei usw. im Falle einer Annexion. Im Mittelpunkt der Dis-
kussion stand die Umverteilung der Markt nach der Annexion
zum Rohstoffankauf und die Frage der Absatzmärkte. Am
Schluß der Sitzung sagte Jacquart sorgfältige Prüfung
der vorgeschlagenen Wünsche zu. Die Studienkommission
setzte dann ihre Reise nach Cuxen fort.

Um Westpreußen.

Danzig, 24. Juni. Die Lage in Westpreußen ist
ruhig. Bei Kreuz werden starke polnische Angriffe erwar-
tet. Oberpräsident Schnadenburg erklärte der Regierung
seinen Rücktritt, da er ihre Politik mißbillige und seine
westpreussische Heimatprovinz den Polen nicht ausliefern
wolle. Der Danziger Magistrat mahnt zur Ruhe und Be-
sonnenheit.

Unser Hindenburg.

Auf die Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes der Stadt
Kolberg antwortete der Generalfeldmarschall von Hinden-
burg mit einer kurzen Dankrede, in der er mahnte, nicht
zu verzagen und dafür Sorge zu tragen, das das schöne
große Deutschland jetzt nicht kläglich zerstört werde. Sei-

nem Hoch auf die Stadt Kolberg schickte er die Worte vor-
auf: „Mit dem Glauben an eine bessere Zeit gehe ich ins
Grab!“

Aufruf an das deutsche Volk!

Berlin, 24. Juni. Der Reichspräsident und die
Reichsregierung erlassen einen Aufruf an das deutsche Volk,
der in der Hauptsache lautet:

Die Reichsregierung hat mit der Zustimmung der Na-
tionalversammlung den Friedensvertrag unterschrieben.
Schweren Herzens nur in dem einen Gedanken, unserm
mehrlosen Volk neue Kriegssopfer und Hungerqualen zu
ersparen.

Der Friede ist geschlossen.

Nun wahr und sichert den Frieden!

Das erste Erfordernis ist: Vertragserfüllung!

Jede Anstrengung muß an die Erfüllung dieses Vertrags
gesetzt werden. Soweit er erfüllbar ist, muß er ausgeführt
werden. Niemals werden wir davor vergessen, denen die
Abtretung droht. Sie sind Fleisch von unserm Fleisch. Wir
werden für sie eintreten, wo wir können, wie für uns selbst.
Aus dem Staatsverband können sie gerissen werden, aber
nicht aus unserm Herzen.

Das zweite Erfordernis ist: Arbeit!

Die Lasten dieses Friedens können wir nur tragen, wenn
keine Hand müßig ist. Für jede nicht erfüllte Leistung kön-
nen die Gegner mit Vornachsch, Besetzung oder Blockade
antworten. Wer arbeitet, verteidigt den einheimischen
Boden.

Das dritte Erfordernis heißt: Pflichttreue!

Wie wir trotz aller Gewissensnot auf dem Posten ge-
blieben sind, so muß es jeder einzelne machen, der Sol-
dat, Offizier, Unteroffizier und Mannschaften, der Beamte,
jeder muß um des Ganzen willen seiner Pflicht treu bleiben.
Auch in diesen bösesten aller bösen Tage. Man zwingt uns,
Deutsche an feindliche Gerichte auszuliefern. Wir haben
uns bis zum äußersten dagegen gewehrt. Aber wenn Offi-
zier und Mann jetzt nicht noch fester für die innere Ordnung
eintreten helfen, so liefern wir nicht nur ein paar hundert,
sondern Millionen Landsleute aus, und zwar der Okupa-
tion, der Annexion, dem Terror.

Deutschland muß lebensfähig bleiben. Ohne innere
Ordnung keine Arbeit, ohne Arbeit keine Vertragserfüllung,
ohne Vertragserfüllung kein Friede, sondern Wiederauf-
flammen des Krieges. Wenn wir nicht alle mithelfen, ist
die Unterschrift unter dem Vertrag wertlos. Dann kann es
keine Erleichterungen, keine Revision und kein schließliches
Abtragen der ungeheuren Lasten geben. Was heute an
Tagen versäumt wird, kann unsre Kinder Jahre der Knecht-
schaft kosten. Schon heute müssen Volk und Regierung an
die Arbeit gehen. Es darf keine Pause geben und kein
Beiseitegehen. Es gibt nur einen Ausweg aus der Fin-
sternis dieses Vertrags: Erhaltung von Reich und Volk
durch Einigkeit und Arbeit. Helft uns dazu, Männer und
Frauen!

Der Reichspräsident: Ebert.

Die Reichsregierung: Bauer, Erzberger, Roske usw.

Berlin, 23. Juni. Das Reichswehrgruppenkom-
mando I Berlin teilt mit: Die Regierung hat den Frieden
bedingungslos angenommen. Die Reichswehr hat der Re-
gierung durch ihren berufenen Vertreter rechtzeitig erklären
lassen, daß die Annahme der Paragraphen, die die Ausliefe-
rung deutscher Staatsbürger und Anerkennung der allei-
nigen Schuld am Kriege enthalten, mit ihrer Ehre unver-
einbar ist. Sie hält an ihrem Standpunkt unbedingt fest
und will dies dem Reichswehrminister und dem Kriegsmini-
ster gegenüber aufrechterhalten wissen. Ich fordere die
Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften auf, mit mir ih-
ren Dienst weiter zu tun, um die Ruhe und Ordnung in
Deutschland weiterhin aufrechtzuerhalten.

Der Kommandierende General, Freiherr v. Lüttich,
General der Infanterie.

Die Verhandlungen über die Besetzung des Rheinlands.

Versailles, 24. Juni. Minister v. Daniel hat heute
nachmittag folgende Note an den Verband abgesandt:

Im Auftrage des Reichsministers des Auswärtigen be-
ehoe ich mich, bei den alliierten und assoziierten Regierun-
gen anzufragen, wann die Verhandlungen über ein Abkom-

men betreffend die besetzten rheinischen Gebiete beginnen können.

Diese Verhandlungen sollen, wenn der Verband zustimmt, nach der Unterzeichnung in Versailles beginnen. Zu den Verhandlungen trifft eine Abordnung aus dem Rheinland ein, der unter anderem die Herren Louis Hagen und Soltmann angehören.

Weitere Aufrüstungen in Mannheim.

Mannheim, 24. Juni. Gestern Abend kam es hier zu größeren Ausschreitungen. Auf die Mitteilung einer französischen Offiziersabordnung auf dem Rathaus, daß die Stadt eine Stunde nach Ablauf der durch die Alliierten gestellten Frist besetzt werden würde, wenn sie bis dahin keine gegenseitigen Befehle erhalten hätten, zog das Freiwilligenbataillon ab, um sich nach außerhalb der Stadt zu begeben und sich im Falle der Besetzung der Stadt nicht der Internierung aussetzen. Dabei wurden die Truppen vom angeführten Pöbel beschimpft und auch teilweise angegriffen, so daß diese sich mit der Waffe wehren mußten. Um 1/2 9 Uhr abends war die Ruhe wiederhergestellt. Zwei Personen sind bei den Unruhen getötet worden. Um 1/2 9 Uhr traf dann auch von der Ludwigshafener Kommandantur die Nachricht ein, daß die Stadt nicht besetzt werden würde, worauf die freiwilligen Truppen wieder in die Stadt zurückkehrten. Oberhalb Mannheim bei Altrich hatten bereits zwei Bataillone französischer Truppen sich über den Rhein gesetzt zum eventuellen weiteren Vormarsch. Sie wurden um 9 Uhr abends zurückgezogen.

Gegen die Kapitalsflucht.

Berlin, 24. Juni. Auf die kleine Anfrage des Abgeordneten wegen Maßnahmen zur Verhinderung der Auslandsflucht deutschen Kapitals hat Finanzminister Südekum der Preussischen Landesversammlung folgende Mitteilungen gegeben lassen:

„Es ist der Staatsregierung bekannt, daß versucht wird, deutsches Kapital in diejenigen deutschen Grenzgebiete zu verschieben, deren Abtrennung von Deutschland der feindliche Verband diktiert. Die Staatsregierung hat diese Vorgänge aufmerksam verfolgt und alle Behörden angewiesen, wenn sie Kenntnis von Kapitalverschiebungen solcher Art erlangen, den zuständigen Steuerbehörden unverzüglich Mitteilung zu machen, die angewiesen sind, mit Befehlswegung zu prüfen, ob nach den gesetzlichen Bestimmungen die Stellung einer Sicherheit zur Sicherstellung amtlicher Forderungen zu verlangen ist. Im Weigerungsfalle kann das inländische Vermögen des Steuerpflichtigen beschlagnahmt werden. Die Reichsregierung plant eine Ergänzung des Steuerfluchtgesetzes vom 26. Juni 1918, die insbesondere der Aufdeckung der Kapitalverschiebungen nach Nord-Schleswig dienen und weitere Mittel zur Sicherung der steuerlichen Erfassung dieser Vermögenswerte gewähren soll. Außerdem sind Schritte unternommen, die darauf abzielen, durch internationale Vereinbarungen die in die abgetrennten Grenzgebiete verschobenen Vermögen dem deutschen Volksvermögen und der inländischen Besteuerung zu erhalten.“

Das neue Kabinett in Italien.

Rom, 24. Juni. Nachdem das Kabinett Orlando noch vor wenigen Wochen ein fast einstimmiges Vertrauensvotum erhalten hatte, hat die römische Kammer am 19. Juni mit etwa vierfünftel Mehrheit die von Orlando gestellte Vertrauensfrage verneint. Mit Orlando ist auch Sonnino aus der Regierung geschieden. Der neue Ministerpräsident Nitti, der dem Kabinett Orlando bis zum 20. Januar 1919 als Schatzminister angehörte, gilt als politischer Freund und Vertrauter Giolittis.

Europa soll sich selbst ernähren.

Amsterdam, 24. Juni. Nach einer Meldung des Telegraaf aus Paris berichtet der Newyork Herald, daß die amerikanische Regierung sich gegen den Vorschlag Englands den Obersten Wirtschaftsrat nach dem Kriege weiter bestehen

zu lassen, erklärt habe. Hoover hat im Namen der amerikanischen Regierung mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten nicht die Absicht haben, Europa länger als unbedingt nötig zu ernähren. Sie sind davon überzeugt, daß in Europa rascher normale Zustände zurückkehren werden, wenn die Länder gezwungen werden, selbst soviel wie möglich ihre Produktion zu vermehren.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

London, 24. Juni. General Troside telegraphiert, daß die nationalrussische Armee am 17. Juni das Kojazerski-Kloster, das seit dem letzten September im Besitz der Bolschewisten war, genommen hat. Das Kloster liegt 60 Meilen südlich Omsk.

Helsingfors, 24. Juni. Der Kommissar Peters ist zum Leiter der Verteidigung Petersburgs ernannt worden. Kronstadt wird eiligst geräumt.

Stockholm, 24. Juni. Unter dem Vorsitz Lenins hielten die Volkskommissare im Kremel in Moskau einen großen Rat ab. Trotzki verlangte, von den militärischen Führern unterstützt, daß Petersburg unter allen Umständen verteidigt werden mußte, während Lenin und Tschitscherin auf Räumung bestanden. Trotzki erklärte darauf, daß man Petersburg gut verteidigen könne. Der Vorschlag Trotzki drang durch, und man beschloß, in eine Verteidigung Petersburgs einzutreten.

Eine Erhöhung des Brotpreises.

Ist schon jetzt notwendig geworden. Mit dem Einsetzen der neuen Ernte wird sie unvermeidlich werden. Der Getreidepreis ist während des Krieges künstlich niedrig gehalten worden. Seine Annäherung an den Weltmarktpreis wird schon aus dem Gesichtspunkt notwendig, da sonst an den Grenzen große Mengen auf dem Schmuggelwege in das besser zahlende Ausland abfließen. Schon jetzt macht sich dieser Schmuggel an der Ost- und Westgrenze breit. Es ist aber auch unmöglich, daß die Reichsgetreidestelle mit dieser Preisspanne zwischen Inland- und Weltmarktpreis weiter arbeitet. Schon die bis zur neuen Ernte notwendige Einfuhr verursacht ihr, trotzdem sie den Abgabepreis für Rohmehl um 100% in Einstandspreis erhöht, ein Defizit von rund 3/4 Milliarden Mark. So schreibt das Reichswirtschaftsministerium in seiner Denkschrift, deren Veröffentlichung das Reichsministerium auch jetzt noch nicht zuläßt. Vernichtende Kritik wird damit an der Preispolitik geübt, die wir während des ganzen Krieges und bis zur Stunde am Getreide- und Brotmarkt getrieben haben. Eine Kritik, die zugleich auf die Ursache des Rückgangs unserer Getreide-Erzeugung treffend hinweist. Aber auch das Reichswirtschaftsministerium, das sie ausübt, kann daraus etwas lernen. Denn es geht zu, daß es am letzten Ende der Weltmarktpreis ist, der die Bewegung der inländischen Warenpreise bestimmt. Daran wird auch die kommende Planwirtschaft nichts ändern. Hat man in vorliegendem Falle die Preise zu niedrig bemessen, so ist zu befürchten, daß unter der Planwirtschaft die Bewegung sehr schnell und allzu stark nach oben gehen wird. Dann wird man also sehr bald an die Schranken stoßen, die der Weltmarktpreis uns zeigt, und er wird dann auch die Höhe der Gewinne und Löhne bestimmen. Alle Beratungen und Beschlüsse der in Aussicht stehenden Selbstverwaltungskörper werden da nicht hindern. Deshalb werden auch all die sich täuschen, die von jener Neuordnung sich goldene Zeiten versprechen.

Ausführungsbestimmungen betr. die Gemeinde-Einkommensteuer.

Berlin, 24. Juni. Die preussische Regierung hat das Gesetz über die Gemeindeeinkommensteuer jetzt vollzogen. Das Gesetz ermächtigt bekanntlich für 1919 die Gemeinden zur stärkeren Heranziehung der höheren und zur Entlastung der unteren Steuerstufen. Dazu sind nunmehr Ausführungsbestimmungen ergangen, worin es u. a. heißt:

Die Huldigungen, mit denen man sie überhäufte und vermehrte, bereiteten ihr großes Vergnügen, ja, ihr zur Eitelkeit neigender Sinn wollte dieselben nicht mehr entbehren.

Ehe sie sich dessen versah, hatte sie wieder, vielleicht ohne es zu wollen, das Herz eines fremden Mannes entflammt, er schmachtete im Banne ihrer schönen Augen, war stürmisch und unvorsichtig, sandte ihr Verse, besonders Blumen in solcher Fülle, daß Alvarez aufmerksam wurde. Als er seinen Argwohn bestätigt fand, wurde er unzugänglich denn je, betrat nicht mehr das Boudoir seiner Frau, verkehrte nur noch in eiseriger Höflichkeit mit ihr. Enrikas Veruche, trotz allem sich ihm wieder zu nähern, scheiterten an seiner frostigen Abwehr.

Da resignierte auch sie, wurde ernster und schwermütig, konnte es kaum begreifen, daß ihren Mann derartige Ländeleien so nachhaltig verstimmt; doch fand auch sie jetzt keinen Gefallen mehr daran.

Nun es zu spät war, vermißte sie sorgfältig jede Koetterie, hatte kein Rätheln, keinen aufmunternden Blick mehr für die Ranner, sondern widmete sich mit verdoppelter Fürsorge der Erziehung ihres Knaben.

Aber sie hatte das Vertrauen ihres Mannes verscherzt, er blieb hart und in sich gekehrt und war auf der Hut, damit Enrikas Schönheit nicht wieder Nacht über ihn erlangte.

Fremd und kühl lebten sie nebeneinander dahin.

9. Kapitel.

Nabezu zwei Monate weilt Marion bereits im Hause ihrer Verwandten. Der Fieber war abgeklungen, und die Rosenbüsche standen voller Knospen.

Auf dem zierlichen Schreibtisch lag aufgeschlagen Marions Tagebuch. Die letzte Eintragung datierte vom März und lautete als kurze Notiz:

„Heute habe ich die interessante Bekanntschaft des Malers Linden gemacht. Seltsam, sein Anblick verursacht mir Herz klopfen, und seine Stimme regt mich auf. Er ist mir so überaus angenehm und beschäftigt mich noch im Traum. Ist dies das Erlebnis, auf welches ich warte wie auf den

„Um eine willkürliche Ausnutzung des neugewählten Rechts zu verhindern, mußten sowohl hinsichtlich der Entlastung der niederen wie der Mehrbelastung der höheren Einkommen gewisse Grenzen festgelegt werden, innerhalb deren sich die Steuerbefreiungen zu halten haben. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß die stärkere Heranziehung der juristischen Personen nicht über die im Gesetz vom 13. Juli 1916 für natürliche Personen vorgesehenen Zuschläge hinausgehen darf. Selbstverständlich braucht die Gemeinde weder bei der Entlastung der niederen, noch bei der stärkeren Belastung der höheren Einkommen bis zur äußersten Grenze zu gehen. Insbesondere kann sie auch bei den Einkommen über 6300 Mark die Unterstufen nur mit einem geringen Teil, die höheren mit einem stärkeren Teil oder mit dem vollen Betrage der im Gesetz vom 13. Juli 1916 vorgesehenen Zuschläge heranziehen, mit anderen Worten innerhalb der vorgeschriebenen Grenzen eine stärkere Belastung zur Anwendung bringen, als sie das Gesetz vorsieht. Die Neuregelung erfolgt durch bloßen Gemeindebeschluss, der an sich einer staatlichen Genehmigung nicht bedarf. Die Zuständigkeit des Kommunalabgabengesetzes (§ 54 ff. § 77) bleibt aber im übrigen unberührt. Ist also bereits die Höhe der Gemeindezuschläge festgestellt und von der Beschlußbehörde genehmigt, so muß die Gemeinde, wenn sie aus Anlaß der Anwendung des neuen Gesetzes einen anderen Prozentsatz der Gemeindezuschläge herbeiführen will, erneut die Genehmigung der Beschlußbehörde nachsuchen. Bei der Ausführung des Gesetzes soll den Gemeinden auch insofern möglichst Freiheit gelassen werden, als sie sowohl für das ganze Steuerjahr wie mit Rücksicht auf die vorgeschriebene Zeit nur für den Rest des Jahres von dem Gesetz Gebrauch machen können. Andererseits können die Gemeinden aber auch bis zum 1. April 1919 rückwirkend Neuveranlagung vornehmen. Der Gesetzgeber vertraut, wenn er den Gemeinden eine so große Freiheit zu gewähren sich entschlossen hat, daß die Gemeindevorstände dieses Recht nicht missbrauchen, sondern von ihm einen angemessenen und verständigen Gebrauch machen und dabei auch verständnisvolle Unterstützung in den neugewählten Gemeindevertretungen finden werden.“

Verschiedene politische Nachrichten.

Saarbrücken, 24. Juni. Auf Befehl des Obersten Generaladministrators des Saargebietes müssen diejenigen Personen, die aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen sind und nicht von der französischen Militärverwaltung eine besondere Genehmigung zum Aufenthalt in Saarbrücken haben, die Stadt am 25. Juni verlassen haben. Wer nach diesem Tage noch hier angetroffen wird, wird festgenommen und vor ein Militärgericht gestellt.

Berlin, 24. Juni. Das Wolffsche Telegraphen-Bureau hat unter dem 23. Juni eine Drahtnachricht versandt, nach der die Nationalversammlung ihre Zustimmung zur bedingungslosen Unterzeichnung des Friedensvertrages gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen Volkspartei und Teile des Zentrums und der Demokraten erteilt habe. In der Sitzung anwesenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei stimmten bei der Abstimmung ebenfalls gegen die Unterzeichnung, nachdem namens der Fraktion der Abgeordnete erklärt hatte, daß die Deutsche Volkspartei an der Ablehnung des Friedensvertrages festhalte.

Berlin, 24. Juni. In dem Prozeß gegen die Mörder des Oberleutnants v. Klüber vor dem Schwurgericht in Halle bezeichnete der Angeklagte Fiedler den Mordangeklagten Richter als Mörder. Nachdem Klüber über die Saale geschommen war, sei Richter über die Brücke gelaufen und habe Klüber aus nächster Nähe erschossen.

Wien, 24. Juni. Eine Verordnung der ungarischen Räteregierung nimmt alle im Besitz der Bankten befindlichen oder bei ihnen hinterlegten Wertpapiere zugunsten des Staates in Anspruch. Der Staat kann diese Papiere verkaufen oder verpfänden.

Glühender Lorbeer.

Roman von A. Seyffert-Klinger.

(Nachdruck verboten.)

Bewirrt suchten ihre schönen Augen den Boden, doch schon blickten sie wieder klar und strahlend.

Im Herzen kreulos war sie ihrem Gatten nicht aber ein loses, freies Spiel war es doch gewesen das sie mit dem fremden Manne, von ihrer Eitelkeit angefaßt, hatte treiben wollen. Und wenn kein Unrecht geschehen, so war es ihr Verdienst sicher nicht.

Unwillkürlich erschauerte Enrika trotz der sommerlichen Wärme. Wenn schon die Gedankenfünde so hart bestraft wurde, was hätte ihr das Schicksal dann wohl auferlegt, wenn sie tatsächlich eine Schuld begangen...?

Ob wohl alles wieder gut wurde? Ob es ihr nachgerade gelang, den Gatten von ihrer Unschuld zu überzeugen?

Wenn nur Linden sich hütete, sie mit Alvarez zusammenzutreffen, das war ihre größte Sorge; denn ihr Mann, das wußte sie, würde vor dem Neugiersten nicht zurückstehen...

In Eile wurden die Koffer gepackt, die Alvarez gingen auf Reisen, von Ort zu Ort.

Heimlich schrieb der Signor an Linden eine Anzahl Droh- und Zornesbriefe, von denen einige den Vater wohl erreichten, andere, da Adressat nicht aufzufinden, an den Absender zurückgelangten.

Den Befehlen tat der Künstler seinem Feinde nicht, ihn einer Antwort zu würdigen.

Eine Weile schien es dann auch, als solle zwischen dem Ehepaar alles wieder gut werden. Alvarez war aufmerksam und liebevoll gegen seine Gemahlin, der finstere Ausdruck wich aus seinen dunklen Augen.

Enrika war schöner, berückender als je zuvor, ihr glodenhelles Lachen bezauberte alle. Sie mußte mit einer köstlichen Blüte verglichen werden, deren Duft jeden, der ihr naht, entzückt und berauscht.

heiligen Christ? Morgen haben wir uns zu einer gemeinsamen Gebirgstour verabredet. Was wird mir das Morgen bringen, Glück? Ich durste nach Glück und Frieden..."

Marion durchmaß unablässig das reizende Zimmer, welches Thunelndas liebe fürsorgliche Hände so traulich für sie hergerichtet.

Bis zum März hatte sie sehr eingehend Tagebuch geführt; seitdem aber hatte sie so viel in sich durchlebt, war sie so oft so unzufrieden mit sich gewesen, so unklar und unentschieden, daß sie nichts aufschreiben mochte.

Jetzt aber sollte es geschehen. Dieser Tag gehörte ihr ganz allein. Reinhold befand sich in seinem Atelier, Thunelndas war ausgefahren, um Besuche und Besorgungen zu machen, sie wollte vor Abend nicht nach Hause kommen.

Marion stand vor ihrem Tagebuch still und nahm ihre Wanderung dann doch wieder auf, weil sie sich zum Schreiben nicht entschließen konnte.

Wie sollte sie nur beginnen, auf welche Weise die Wirrnisse ihrer Empfindungen sichten?

Sie hätte selbst kaum sagen können, wie sich der Wandel in ihr vollzogen.

Anfangs von Empörung und Abscheu erfüllt, bereit ihre Verwandten bei der ersten Gelegenheit an den Pranger zu stellen, war ihr Zorn nachgerade einer objektiven Anschauung gewichen. Sie hatte Thunelndas lieben und den Schwager schätzen gelernt.

Abgerechnet die kleinen Schwächen, die jedem Sterblichen anhaften, waren beide prächtige, liebe Menschen, denen man nicht gram sein konnte. Besonders herzlich war sie Reinhold zugefallen. Sie glaubte jetzt zu wissen, warum er den Betrug in Szene gesetzt, und wenn sie auch weit entfernt war, seine Handlungsweise zu billigen, so konnte sie dieselbe doch verstehen und entschuldigen.

(Fortsetzung folgt.)

Berlin, 24. Juni. Vom Reichsministerium wird bestätigt, daß zum weiteren Ausbau der Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung beabsichtigt ist, für die bedrohten Gebiete eine Auskunftsstelle der Banken zu errichten. Den Antrag, der die Ausdehnung für das ganze Reich verlangen wollte, hält das Reichsministerium nicht für zweckmäßig. Die Banken in den bedrohten Gebieten werden veranlaßt werden, Aufstellungen über Depots an Wertpapieren Geld und Wertgegenständen einzureichen.

Amsterdam, 24. Juni. Reuter meldet aus London: Die Nachricht, daß die Deutschen zugestimmt haben, zu unterzeichnen, ist in London ruhig aufgenommen worden. Es wurden keine Kundgebungen veranstaltet, wie beim Waffenstillstand.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 25. Juni.

(1) **Kreisausschuhwahl.** In der letzten Sitzung des Kreistages wurde Herr Rechtsanwalt Sturm von hier einstimmig zum Mitglied des Kreisausschusses gewählt.

:: **Kaffee** kommt heute auf Nr. 67 der Lebensmittelkarte zur Ausgabe.

§§ **Kaffeediebstahl.** Zu dem von uns bereits gemeldeten Kaffeediebstahl erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Nachdem die am Sonntag mit einem Polizeihunde angestellten Recherchen zu keinem Ergebnis geführt, erhielt Herr Oberwachmeister Hofmann von hier auf weitere Verdachtsmomente hin die Erlaubnis, Hausdurchsuchungen vorzunehmen, die zunächst ebenfalls ohne Erfolg blieben. Bei einer nochmaligen Durchsuchung fand dann Herr Hofmann im Speicher eines Stalles etwa einen Sack des gestohlenen Kaffees. Die Spur führte weiter nach Niederlahnstein nach einem Schiff, das an der Löhninger Mühle zur Abfahrt bereit lag. Hier konnte dann der Rest des Kaffees heute nacht beschlagnahmt und sofort der bestohlenen Firma wieder zugestellt werden. Heute morgen wurden die beiden Täter verhaftet, vernommen und dem Amtsgericht überführt. Außer dem Kaffee wurden bei einem der Diebe ein Korb mit Kleidern u. Wäscheutensilien vorgefunden, ferner eine leere noch mit Strohballen angefüllte Weinfasse, die offenbar aus einem Weindiebstahl auf der Eisenbahn herrührt. Die Täter sind 2 junge Burken von hier, der Vermittler des Kaufes, ein Matrose des Schiffes, auf dem der Kaffee entdeckt wurde, — ebenfalls von hier.

:: **Erholungsbedürftig** nach den schweren Strapazen der letzten Jahre ist die Fußgängerbrücke zwischen den beiden Lahnstein. Vielleicht verträge es der Stadt, daß man ihr wieder einigermaßen auf die Beine hilft, ehe ihr Verfallen mit Lebensgefahr verknüpft ist.

:: **Ueberseereisen für Deutsche.** Reichsdeutsche können nun wieder mit neutralen Dampfern als Passagiere nach neutralen Ländern reisen, soweit sie nicht in englischen Häfen landen. Der Paß muß von dem Konsul des Bestimmungslandes visiert werden. Trotz dieser Bestimmungen wird es für Deutsche tatsächlich kaum schon möglich sein, in aller nächster Zeit zu reisen, da nach Mitteilung der Niederländischen Schiffsahrtsgesellschaft in Rotterdam für die nächsten Monate keine Plätze mehr zu haben sind. Nach den Vereinigten Staaten und nach Brasilien sind die Reisen für Reichsdeutsche noch nicht möglich.

Kohlweißlinge fangen! Schon jetzt sieht man verschiedentlich die Falter der Kohlweißlinge fliegen, deren gefräßige Raupen die Blätter aller kohlartigen Gewächse mehr oder minder zerfressen. Jetzt ist es Zeit, dem Schaden vorzubeugen, indem man die Schmetterlinge von der Schulpflanzung fangen läßt, oder indem man die Kohlfliegen usw. mit Uraniagrün spritzt. Da Uraniagrün sehr giftig ist, muß man das Besprühen derjenigen Kohlarten, deren Blätter dem Genuß dienen sollen, jedoch auf das Jugendstadium beschränken oder die besprühten Blätter gründlich vor dem Genuß waschen. Gleichzeitig sei nochmals auf die Bekämpfung der Raupen, welche stellenweise massenhaft auf den Obstbäumen vorkommen, durch Besprühen mit Uraniagrün hingewiesen.

Niederlahnstein, den 25. Juni.

§§ **Das Rauchen im Walde.** Um die in diesen trockenen Tagen überall und dazu meistens aus Unvorsichtigkeit entstehenden Waldbrände zu verhüten oder doch wenigstens einzukürzen, hat die Polizeiverwaltung das Betreten der Wälder mit brennenden Zigarren usw. außerhalb der Wege unter Straandrohung verboten. Kindern unter 14 Jahren ist es gänzlich untersagt, ohne Begleitung Erwachsener das Waldgelände zu betreten.

Oberbachheim. Der Schuhmacher Wilh. Göth von hier hat vor der zuständigen Prüfungskommission die Meisterprüfung mit der Note „gut“ bestanden.

Aus Nah und Fern.

Schrenckstein, 24. Juni. Der Bürgermeister Dr. Gromes von hier wurde durch den Oberpräsidenten auf Antrag der Befugungsbehörde seines Amtes enthoben.

Aus dem besetzten Nassau. Eine uns zugekommene parteioffizielle Mitteilung der Zentrumsgruppe lautet: Als Entschädigung für Besatzungskosten seien vom Staat bisher 150 Millionen Mark ausgezahlt und weitere 41 Millionen Mark angewiesen. Erhöhung auf den Betrag von 400 Millionen Mark sei beantragt. Ein Antrag, das besetzte Gebiet als Feuerungsgebiet zu behandeln, sei an dem Widerstand der Sozialdemokratie gescheitert. Leider müsse man dazu feststellen, daß in den besetzten Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden von den 150 Millionen kein Pfennig geflossen zu sein scheint, wenigstens waren bisher alle Bemühungen um Ersatz oder auch nur um Vorschuß erfolglos. Es scheint, daß die Abgeordneten anderer Parteien richtiger sind. — Die Presse gab weiter dieser Tage bekannt, daß der Abg. Quard zum Staatskommissar für das besetzte Nassau ernannt worden ist. Quard hat dem besetzten

Gebiete nie angehört; er kennt die Schwierigkeiten daher nicht aus eigener Anschauung. Warum hat man mit dieser Aufgabe ebenso wie im Rheinland nicht eine im besetzten Gebiet ansässige Person betraut?

Wiesbaden, 23. Juni. Zur Besetzung der Generalsuperintendentur. Wie aus ganz sicherer Quelle verlautet, hat Professor D. Deißmann, der zum Generalsuperintendenten für den Bezirk Wiesbaden vorgeschlagen war, auf die Annahme dieser Stelle verzichtet. Damit ist eingetreten, was sehr viele von vornherein erwartet hatten, weil sie es für ausgeschlossen hielten, daß ein Mann von dem wissenschaftlichen Ruf Deißmanns seinen bedeutenden Wirkungskreis in Berlin mit dem Amt des nassauischen Generalsuperintendenten vertauschen könnte.

Langenschwalbach, 23. Juni. Bei einer Hausdurchsuchung im Hause des Adolf H. wurden ein geladener Revolver, Munition und von französischen Soldaten gestohlene Kleiderstücke entdeckt. H. wurde festgenommen. — Das Katasteramt wird seit 3. Mai von dem Katasterkontrollleur Müller, bisher in Wallmerod, verwaltet.

Mainz, 23. Juni. Die Stadtverordnetenversammlung wählte heute den bisherigen 1. Beigeordneten Dr. Carl Kuhl, einen geborenen Rainer, zum Oberbürgermeister.

Reustadt (Pfalz), 24. Juni. Der Import französischer Rotweine hat begonnen. Eine hiesige Weingroßhandlung kündigt in der Zeitung das Eintreffen von 30 Waggons französischer Rotweine an.

Düsseldorf, 21. Juni. Die seit langer Zeit schwebende Oberbürgermeisterfrage ist jetzt durch eine Vereinbarung mit dem Oberbürgermeister Dr. Oehler gelöst worden. Dr. Oehler wird mit seinem Einverständnis zum 30. Juni d. J. in den Ruhestand versetzt und bezieht bis zum Ablauf seiner Wahlzeit im Jahre 1923 an Stelle seiner bisherigen Bezüge den Betrag von 26 000 Mark; für das laufende Jahr wird ihm auch noch die von der Provinzialfeuerversicherungskasse ausgeworfene Vergütung gewährt. Vom Jahr 1923 an erhält er das ihm zustehende Ruhegehalt von 19 500 Mark.

Basel, 24. Juni. An der hiesigen Börse stieg gestern die Mark auf 51, der französische Franken auf 90 und die deutschösterreichische Krone auf 21.

Gefährliche Wirtschaft.

Hamburg, 24. Juni. Gestern nachmittag stürmte eine große Menge die Fleischkonserverfabrik von Jakob Heil, wo überreichende Rabatter von Hund-, Katzen- usw. bemerkt worden waren. Die Menge bemächtigte sich des Fabrikanten, mißhandelte ihn und warf ihn in die Miste. Nachdem sich Heil durch Schwimmen gerettet hatte, wurde er aus dem Meer geholt und flüchtete dann in das Rathaus, das die Menge zu stürmen drohte. Sicherheitsmannschaften gaben schließlich blinde Schüsse ab. Nachdem von berufener Seite die Versicherung abgegeben worden war, daß gegen Heil die erforderlichen Schritte unternommen würden, beruhigte und zerstreute sich die Menge.

Letzte Nachrichten.

Ein Kriegsgericht gegen Admiral v. Reuter.

Amsterdam, 24. Juni. Dem Telegraaf zufolge meldet die Times, daß Konteradmiral v. Reuter wegen Verletzung der Bestimmungen des Waffenstillstandes, betreffend die internierten deutschen Schiffe, vor ein Kriegsgericht gestellt werden wird. Der alliierte Rat in Paris wird den Termin für den Prozeß festsetzen. Aus den nähere Mitteilungen geht hervor, daß die Deutschen für die Versenkung der Schiffe einen Augenblick wählten, wo eine große Zahl britischer Kriegsschiffe zu Übung in See war.

Die internierte deutsche Flotte bestand aus neun Linien, schiffen, fünf Schlachtkreuzern, sieben Leichten Kreuzern und 49 Zerstörern. Sie stand unter dem Befehl des Konteradmirals v. Reuter, dessen Flaggschiff Friedrich der Große war.

Eine Verzögerung der Unterzeichnung.

Verailles, 24. Juni. Die Pariser Mächte bezeichnen als wahrscheinliches Datum der Unterzeichnung den Freitag oder Samstag. Wilson wird noch am selben Abend nach Brest zurückkehren und sich nach Amerika einschiffen. Die Frage, wer den Friedensvertrag im Namen der deutschen Regierung unterzeichnen wird, ist im Kabinett noch nicht erörtert worden.

Die Besetzung Oberschlesiens.

Oppeln, 24. Juni. Durch die Gazeta Robotnica wird nunmehr die deutsche Annahme, daß die Besetzung Oberschlesiens durch polnische Truppen, nämlich durch die Armee Haller, erfolgt, bestätigt. Die Besetzung wird demnach unverzüglich nach Ablauf der Unterzeichnungsfrist erfolgen.

Die Missionen der deutschen Christenheit.

Basel, 24. Juni. Nach einer Mitteilung der Agence Central hat der Vatikan mit der Mission Cerretti einen vollen Erfolg erzielt. Der Artikel 438 des Friedensvertrages wird nach dem Wunsch des Papstes geändert, um den Fortbestand der deutschen katholischen Missionen zu gestatten. Ein besonderer Erfolg liegt in der erstmalig in einem völkerrechtlichen Dokument erfolgten Anerkennung des Papstes als höchste Autorität der Katholiken.

Wenn diese Meldung, deren Richtigkeit die Deutsche Allg. Ztg. noch nicht nachprüfen konnte, zutreffend ist, so wäre der Initiative des Papstes die Erhaltung des in zahlreichen überseeischen Ländern (besonders Afrika und China) in hoher Blüte stehenden Werkes der deutschen katholischen Missionen zu danken. Vielen guten deutschen Männern u. Frauen würde dadurch die Möglichkeit gegeben, ihren entgangenen Beruf, aus dem sie durch den Krieg herausgerissen wurden, zum Segen der Menschheit wieder aufnehmen.

Die Dienstwilligkeit der Truppen.

Berlin, 24. Juni. Von zuständiger Stelle erfährt die Deutsche Allgemeine Zeitung, daß Reichswehrminister Noske für heute abend eine Besprechung mit den Regiments- und Brigadeführern des Korps Bismarck anberaumt habe, um sich mit den Herren über die Annahme des Friedens auszusprechen. Diese Mitteilung berechtigt aber nicht zu dem Glauben, als ob die Stimmung die im Kreise dieser Offiziere über die Annahme des Friedens herrscht, zu Gärungen führen könnte, die den Bestand der Freiwilligentruppen oder deren Loyalität gegenüber der Regierung beeinträchtigen könnten. General Maercker habe am gestrigen Nachmittag dem Reichswehrminister Noske die Erklärung abgegeben, daß er seinen Dienst wie bisher so auch in Zukunft unter ihm versehen würde. Es besteht begründete Aussicht, daß auch der General Frhr. v. Bismarck in der Erkenntnis, dem Vaterland auf diese Weise am besten zu dienen, bald den gleichen Beschluß fassen werde, und soßen einzelne Offiziere ihren Austritt erklären, so würde dadurch der Bestand der Freiwilligentruppen in keiner Weise gefährdet werden.

Sandwirtschaft.

Von einem Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Kreise geht und folgende, die gegenwärtigen unbilligen Zustände treffend beleuchtende Zuschrift zu:

Der Vorstand des 15. landwirtschaftl. Bezirksvereins hat an die maßgebenden Stellen Anträge gerichtet, die Zwangswirtschaft für die landwirtschaftl. Produkte möglichst bald weiter abzubauen. So könnte z. B. seit in das besetzte Gebiet reichlich Speck und Schmalz gelangt ist, auch bereits Butter aus dem Ausland eingeführt werden, die zwangsweise Erfassung der Butter fortfallen und hierfür der freie Handel wieder eingeschaltet werden. Wir würden dann wenigstens in den Läden wieder Butter sehen, die hohen Schleichhandelspreise würden fortfallen u. es könnte, wenn der Zwang auf die Landwirte zur Butterlieferung fortfällt, auch wieder mehr Milch zur Kinderernährung gewonnen werden. Die Kreisfettstelle würde eingehen, dem Kreise Ausgaben und den Landwirten polizeiliche Kontrollen erspart bleiben, deren sie nachgerade sehr überdrüssig sind. — Nach Zeitungs- nachrichten soll die Zwangswirtschaft für Hafer für die neue Ernte aufgehoben werden. Warum dies nicht längst für das besetzte Gebiet geschehen ist, in welchem ja nicht mehr für das deutsche Heer zu liefern ist, ist unerfindlich. Wäre hierfür der freie Handel rechtzeitig eingeschaltet worden, so wären die Pferdebesitzer nicht auf die drei Pfund pro Pferd und Tag, die die Rationierung vorsah und wovon man kein Arbeitspferd ernähren kann, beschränkt geblieben, sondern sie hätten Hafer kaufen können, wenn auch zu etwas höheren Preisen, während jetzt der Hafer in den bäuerlichen Wirtschaften bei der eingetretenen Dürre und Futterknappheit meist an Vieh verfüttert worden ist. Auch für andere landwirtschaftliche Produkte wäre die Wiedereinführung des freien Handels angezeigt, so für Kartoffeln, von denen durch die Zwangsrationierung und Zwangsverteilung große Mengen verderben. Kartoffeln werden in größeren Mengen bei den Händlern sachgemäßer behandelt, als dies bei der Lagerung in städtischen Kellern und in den Einzelhaushaltungen möglich ist. Auf den Abbau der hohen Arbeitslöhne würde die baldige Wiedereinführung des freien Handels eine günstige Wirkung haben, indem sich die Höhe der Löhne nicht nach den von den Behörden festgesetzten Höchstpreisen, sondern nach den Preisen des Schleichhandels richtet, dessen sich der Arbeiter, um nicht zu hungern, ebenfalls bedient, solange die Rationierung der Lebensmittel so knapp ist. Der Schleichhandel schlägt aber die Gefahr, erwünscht zu werden, auf die Preise auf. Metallischen Mitteln muß erstrebt werden den Schleichhandel, der die Volksecke vergiftet, zu beseitigen und den freien Handel wieder einzuführen. Wenn die Landwirte von der neuen Regierung eine Verminderung des Polizeigeldes erhofft hatten, so ist dies bisher nicht eingetroffen.

Bekanntmachungen.

Wegen des hier bestehenden Wohnungsmangels wird vor dem Zuzug nach Oberlahnstein gewarnt.

Oberlahnstein, den 23. Juni 1919.

Der Magistrat: Dr. Dops.

Alle diejenigen, welche noch im Besitze von Saatkarten sind, aber kein Saatgut bezogen haben, wollen dieselben bis Samstag, den 28. Juni 1919 auf dem Bürgermeisterramt Zimmer Nr. 1 abliefern, andernfalls das betreffende Saatgut auf die Ernte angerechnet wird.

Oberlahnstein, den 24. Juni 1919.

Der Magistrat.

Das Betreten der diesjährigen Schläge, wo Loh geschält ist und noch geschält wird, ist bei Strafe verboten. Dieses gilt hauptsächlich für die Bescholtsammler.

Niederlahnstein, den 12. Juni 1919.

Der Magistrat Rody.

Alle diejenigen, welche noch Saatkarten im Besitze, worauf sie kein Saatgut bezogen haben, wollen selbige bis Samstag, den 28. Juni 1919 auf dem Bürgermeisterramt Zimmer Nr. 1 abliefern, andernfalls das betreffende Saatgut auf die Ernte angerechnet wird.

Niederlahnstein, den 23. Juni 1919.

Der Bürgermeister: Rody.

Die Abfuhr von 16,00 cbm Kiefernstämmen aus dem Distrikt „Richten“ soll am Sonnabend, den 28. Juni, vormittags 11 Uhr öffentlich vergeben werden. (Zimmer 10 des Rathauses)

Niederlahnstein, den 24. Juni 1919.

Der Magistrat.

